

Senatsbeschlüsse

der 153. Sitzung des Senats

am 24.04.2018, 11:15 Uhr

- 3778.) "Personaleinsatz bei der Gesundheit Nord gGmbH"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - S 03)
(Vorlage 2040/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2040/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3779.) "Neustrukturierung der Bremer Entsorgungswirtschaft"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - S 04)
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 23.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 23. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3780.) "Wurde das 4-Augenprinzip bei der Feuerwehr Bremen eingehalten?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 05)
(Vorlage 2028/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 04.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 4. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

3781.) "Radeln auf Leihfahrrädern in Bremen"
(Anfrage der Fraktion der FDP - S 06)
(Vorlage 2050/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2050/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Fraktion der FDP für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- Im zweiten Absatz der Antwort auf Frage 1 wird „Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen“ durch „Der Senat“ ersetzt.
- Im ersten Satz der Antwort auf die Fragen 2 und 3 wird „Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr“ durch „Der Senat“ ersetzt.

3782.) "Wann kommt die Umgestaltung des Domshofs?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 07)
(Vorlage 2030/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2030/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 1 werden im zweiten Satz nach dem Wort „Planungsleistungen“ die Wörter „durch die öffentliche Hand“ eingefügt.

- 3783.) "Alphabetisierungskurse für geflüchtete Schülerinnen und Schüler"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - S 09)
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 20.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage für Kinder und Bildung vom 20. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3784.) "Waffenraub in Bremen"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - S 10)
(Vorlage 2027/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2027/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3785.) "Stand der Planung zum Rembertikreisel-Umbau"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - S 11)
(Vorlage 2050/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 24.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 24. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3786.) "Staubemissionen aus dem Bremer Stahlwerk"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - S 12)
(Vorlage 2031/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2031/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3787.) "Präventionsprogramme für kriminelle Kinder"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - S 13)
(Tischvorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 19.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 19. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3788.) "Hausärztliche Versorgung in Grolland"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 14)
(Vorlage 2042/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2042/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Der erste Satz der Antwort auf Frage 1 erhält die folgende Fassung:

„Der Ortsteil Grolland im Stadtteil Huchting weist nach Auffassung sowohl

der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen als auch des Senats insgesamt eine angemessene hausärztliche Versorgung auf.“

- 3789.) "Pünktliche Abholung der Gelben Säcke und Tonnen sichergestellt?"
(Anfrage der Fraktion der SPD - S 15)
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 20.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 20. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 1 werden im dritten Satz das Wort „lediglich“ und der vorletzte Satz ersatzlos gestrichen.

- 3790.) "Förderzentrum Huchting weg - und nun?"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - S 16)
(Tischvorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 20.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 20. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

3791.) "Sanierung der Moorbrücke auf der A27"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 01)
(Vorlage 2034/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2034/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

3792.) "Vergabe von Referendariatsplätzen mit Einstellungstermin zum 01.August 2018"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 02)
(Vorlage 2052/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2052/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 3 wird nach dem Wort „Bremen“ das Wort „wird“ eingefügt.

3793.) "Bremen braucht dringend mehr Erzieher/-innen und Lehrer/-innen"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 03)
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 20.04.2018)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 20. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3794.) "Cannabis-Delikte von Minderjährigen"
(Anfrage der Gruppe BÜRGER IN WUT - L 04)
(Vorlage 2026/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 18.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 18. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3795.) "Landesgesundheitsbericht"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - L 05)
(Vorlage 2041/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 24.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 24. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3796.) "Besoldungserhöhung bei der Polizei"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 06)
(Vorlage 2059/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2059/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung:

Die Antwort auf Frage 2 wird um den folgenden Satz ergänzt:

„Die Funktionsstellenbewertungen der Ortspolizeibehörde Bremerhaven befinden sich derzeit im Stadium der Überprüfung.“

- 3797.) "Erreichen die neuen Digitalfunkgeräte auch Bremerhaven?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 07)
(Vorlage 2035/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2035/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3798.) "Jacobs University unter das Dach der Universität Bremen bringen?"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 08)
(Tischvorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

Der zweite Satz der Antwort auf die Fragen 2 und 3 erhält die folgende Fassung:

„Ein Modell, das die Jacobs University Bremen in staatliche Trägerschaft überführt, wäre nicht erfolgversprechend, da die staatlichen Hochschulen im Lande Bremen fast vollständig entgeltfrei sind und ein entgeltfreies Studium an der Jacobs University Bremen erhebliche Finanzierungsprobleme für sie bedeuten würde.“

3799.) "Anteil der Ausländer und Migranten an Bremer Schulen"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 09)
(Vorlage 2053/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2053/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

3800.) "Verfolgung von Polizeibeamten"
(Anfrage des Abgeordnete Tassis (AfD) - L 10)
(Vorlage 2029/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 19.04.2018)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 19. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

3801.) "Ist die Wohn- und Betreuungsaufsicht in der Lage Mängel zu erkennen und abzustellen?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 12)
(Vorlage 2049/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2049/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3802.) "Erklärung der Fischereigemeinden an die EU"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 13)
(Vorlage 2033/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2033/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3803.) "Obdachlosenbetreuung im Lande Bremen"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 16)
(Tischvorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 19.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 19. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3804.) "Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung und Teilhabe"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 17)
(Tischvorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 19.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 19. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3805.) "Stellenausschreibungen des Arbeitgebers "Öffentlicher Dienst" in Print-Medien"
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 18)
(Vorlage 2048/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 23.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 23. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 3 werden die letzten beiden Sätze ersatzlos gestrichen.

- 3806.) "Tötung zweier Menschen durch Kampfhund – reichen die bestehenden Gesetze und deren Vollziehung aus, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten?"
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 19)
(Tischvorlage des Senators für Inneres vom 19.04.2018 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 19.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 19. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3807.) "AR 15 - Die Waffe der Amokläufer in Deutschland und Bremen"
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 20)
(Tischvorlage des Senators für Inneres vom 23.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 19. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3808.) "Schulgeldfreiheit für schulische Ausbildungen im Land Bremen?"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 21)
(Vorlage 2051/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 24.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 24. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3809.) "Kinder- und Vielehen im Lande Bremen"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 22)
(Tischvorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 1 erhält der vorletzte Satz die folgende Fassung:
„Dem Senat liegen keine Erkenntnisse zur Zahl etwaiger
Bedarfsgemeinschaften bei Kinderehen vor.“

- 3810.) "Schulplätze für unbegleitete Minderjährige Geflüchtete"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 23)
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 20.04.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 20. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3813.) Zentrale Service- und Koordinierungsstelle für die Vergabe von Bau- und Dienstleistungen (zSKS) – Tätigkeitsbericht 2018
(Vorlage 2032/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2032/19 den Tätigkeitsbericht 2018, nebst Anhang 1 und Anhang 2, der zentralen Service- und Koordinierungsstelle für die Vergabe von Bau- und Dienstleistungen zur Kenntnis.
2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass der zweite Beschlussvorschlag ersatzlos gestrichen wurde und in der Anlage zur Senatsvorlage im Absatz vor der Überschrift „VII. Einzelfragen aus dem Bereich der Vergabestellen...“ der drittletzte Satz ersatzlos gestrichen wird.

- 3814.) "Wie attraktiv ist die Ausbildung zum Notfallsanitäter in Bremen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2036/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 16.04.2018 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 23.04.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 23. April 2018 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der

Fraktion der CDU zu.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3815.) Gebäudesanierungsprogramm (SVIT) 2018
(Vorlage 2037/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt das Gebäudesanierungsprogramm 2018 einschließlich der in der Anlage 1 ausgewiesenen Mehrkosten von 1,5 Mio. € sowie der erforderlichen Planungsmittel von insgesamt 7,2 Mio. € (Kat. 1a + 1b).
2. Der Senat stimmt den in der Anlage 1 dargestellten neuen Maßnahmen (Kat. 1c) mit einem Gesamtkostenvolumen von 24,3 Mio. € zu.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, das Gebäudesanierungsprogramm 2018 dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Zustimmung vorzulegen und die Erteilung der erforderlichen Verpflichtungsermächtigungen im Produktplan 97 in Höhe von 22,3 Mio. € mit Abdeckung in den Jahren 2019 (8,3 Mio. €) und 2020 (14,0 Mio. €) zu beantragen.
4. Der Senat bittet die im Gebäudesanierungsprogramm 2018 mit Projekten vertretenen Ressorts ihre jeweiligen Fachdeputationen und Ausschüsse zu beteiligen, soweit noch nicht geschehen.

3816.) Verwaltungsvorschrift zu Kommunikation und Dokumentenverwaltung in der Freien Hansestadt Bremen (VVKommDok)
(Vorlage 2038/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 09.04.2018 die Inkraftsetzung der Verwaltungsvorschrift für Kommunikation und Dokumentenverwaltung (VVKommDok) zum 01.05.2018 und ihre Veröffentlichung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.
2. Der Senat beschließt, dass gleichzeitig die Empfehlungen zur Informations- und Dokumentenverwaltung (Schriftgutordnung) vom 1. April 2004 (Brem.ABl. Nr. 45, S. 249) außer Kraft treten. Dies ist im Amtsblatt zu veröffentlichen.
3. Der Senat beschließt, dass gleichzeitig die Richtlinie für die Nutzung der Elektronischen Post (E-Mail) - Tul-E-Mail-Nutzung - vom 07.03.2002 (zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01.02.2004, Brem.ABl. 2004 S. 77) außer Kraft tritt. Dies ist im Amtsblatt zu veröffentlichen.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um Erarbeitung eines Handlungsleitfadens zum (ersetzenden) Scannen (Scankonzept) bis zum 30.06.2018.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um Erstellung und Bekanntgabe der Muster-Dienstanweisung zur VVKommDok bis zum 30.06.2018.
6. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen in Abstimmung mit den Ressorts um die Einrichtung einer Kompetenzstelle „Dokumentenmanagement“ (gemäß HaFA-Vorlage zu den

Verstärkungsmitteln Digitalisierung und Bürgerservice vom 26.01.2018, Projekt B 9) bis zum 30.06.2018.

7. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, für die „Besonderen elektronischen Behördenpostfächer“ der bremischen Verwaltung die Aufgaben einer Landesbehörde gem. § 7 ERVV Abs. 1 zu übernehmen.
8. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „D. Finanzielle...“ vor dem Wort „Unterstützungsstrukturen“ das Wort „ressortübergreifende“ eingefügt wird.

3817.) "Wie lange zahlt Bremen noch Mieten für leer stehende, ungenutzte Immobilien und Container?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2039/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 23.04.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 23. April 2018 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3818.) "Organspenden rückläufig - Wie steht es um die Transplantationsbeauftragten an Bremens Kliniken?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2043/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2043/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3819.) "Wie viel Geld gibt Bremen pro unbegleitetem minderjährigen Ausländer aus?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2044/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2044/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3820.) "Wie bewährt sich die Ambulantisierung stationärer Wohnangebote in der Behindertenhilfe und in der Altenpflege?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2045/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2045/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3821.) Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom April 2018
(Vorlage 2046/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2046/19 den Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom April 2018 und

bittet die Senatorin für Finanzen um Zuleitung des Berichts an den Stabilitätsrat bis zum 30. April 2018.

2. Der Senat beschließt die Mitteilung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

3822.) Konsolidierungsbericht 2017 der Freien Hansestadt Bremen (Vorlage 2047/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2047/19 den Konsolidierungsbericht 2017 der Freien Hansestadt Bremen und bittet die Senatorin für Finanzen um Zuleitung des Berichts an den Stabilitätsrat bis zum 30. April 2018.
2. Der Senat beschließt die Mitteilung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

3823.) Tagesordnung der 967. Sitzung des Bundesrates am 27.04.2018

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und fasst folgende Beschlüsse:

001	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie zur Änderung des Regelbedarfsermittlungsgesetzes und des Bundeskindergeldgesetzes Berlin (U), Brandenburg (U), Bremen (U), Schleswig-Holstein (U), Hamburg (B), Rheinland-Pfalz (B)
Beschluss:	Einbringung des Gesetzentwurfes nach Maßgabe, hilfsweise unverändert, Fassen einer EntschlieÙung und Bestellung eines/r Beauftragten = Zustimmung zu Drs. 83/1/18

002	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylgesetzes zur Verfahrensbeschleunigung durch die erweiterte Möglichkeit der Zulassung von Rechtsmitteln Hamburg (U),Berlin (U),Brandenburg (U),Bremen (U) Beschluss: Einbringung des Gesetzentwurfes und Bestellung eines/r Beauftragten = Zustimmung zu Drs. 51/1/18
003 a	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes Berlin (U),Brandenburg (U),Bremen (U) Beschluss: Einbringung des Gesetzentwurfes und Bestellung eines/r Beauftragten = Zustimmung zu Drs. 84/1/18
003 b	EntschlieÙung des Bundesrates zu weiteren Verbesserungen im Ausbildungsförderungsrecht - Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) Berlin (U),Brandenburg (U),Bremen (U),Thüringen (U) Beschluss: Fassen der EntschlieÙung nach Maßgabe, hilfsweise unverändert = Zustimmung zu Drs. 85/1/18
004	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches Nordrhein-Westfalen (U) Beschluss: Keine Einbringung des Gesetzesentwurfes = Ablehnung der Drs. 114/18
005	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Aufhebung von § 219a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft) Berlin (U),Hamburg (U),Thüringen (U),Brandenburg (U), Bremen (B) Beschluss: 1. Freie Hand zur ggfls. sofortigen Sachentscheidung 2. Einbringung des Gesetzesentwurfes = 1. freie Hand zur ggfls. sofortigen Sachentscheidung 2. Zustimmung zu Drs. 115/18
006	EntschlieÙung des Bundesrates: „Gebührenfreiheit für Aufstiegsfortbildungen voranbringen“ Niedersachsen (U) <i>Drs. 111/18 (neu)</i> Beschluss: Überweisung an die Ausschüsse

- 007 Entschließung des Bundesrates - Mehr Sicherheit beim Abbiegevorgang von Nutzfahrzeugen durch Abbiegeassistenzsysteme
Berlin (U), Brandenburg (U), Bremen (U), Hessen (U), Thüringen (U)
Drs. 110/18
Beschluss: **Überweisung an die Ausschüsse**
-
- 008 Entschließung des Bundesrates zu Maßnahmen zur optimalen Auslastung bestehender Stromnetze
Hessen (U)
Beschluss: Fassen der Entschließung in geänderter Fassung
= Zustimmung zu Drs. 77/1/18
-
- 009 Entschließung des Bundesrates zum Thema Ausländische Investitionen - Absenkung der Eingriffsschwelle in § 56 Außenwirtschaftsverordnung
Bayern (U)
Beschluss: Fassen der Entschließung
= Zustimmung zu Drs. 78/18
-
- 010 Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung befristeter Regelungen im Arbeitsförderungsrecht und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen
Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzentwurf
= Zustimmung zu Drs. 86/1/18
-
- 011 Entwurf eines Gesetzes zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 216/2013 des Rates über die elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts der Europäischen Union
Beschluss: Keine Einwendungen zum Gesetzentwurf
= Zustimmung zu Drs. 59/18
-
- 012 a a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung eines Rahmens für die Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen (Grenzen und Visa) und zur Änderung der Entscheidung 2004/512/EG des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 767/2008, des Beschlusses 2008/633/JI des Rates, der Verordnung (EU) 2016/399 und der Verordnung (EU) 2017/2226

- b) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung eines Rahmens für die Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Asyl und Migration)
- Beschluss: Stellungnahme zu den Verordnungsvorschlägen
= Zustimmung zu Drs. 45/1/18
-
- 013 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewertung von Gesundheitstechnologien und zur Änderung der Richtlinie 2011/24/EU
- Beschluss: Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag
= Zustimmung zu Drs. 34/1/18
-
- 014 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Neufassung)
- Beschluss: Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag ohne vier Ziffern
**= Zustimmung zu Drs. 32/1/18
mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu den Ziffern 33, 43, 47 und 48**
-
- 015 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge im Rahmen des Gesamtkonzepts der Union zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 (Neufassung)
- Beschluss: Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne einige Ziffern
**= Zustimmung zu Drs. 28/1/18
mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu den Ziffern 6 - 15, 18 - 24**
-
- 016 Mitteilung der Kommission über die Europäische Bürgerinitiative „Verbot von Glyphosat und Schutz von Menschen und Umwelt vor giftigen Pestiziden“ C(2017) 8414 final
- Beschluss: Stellungnahme zu einer EU-Vorlage ohne eine Ziffer sowie Stellen von drei Plenaranträgen
**= Zustimmung zu Drs. 107/18
mit folgender Maßgabe:
Ablehnung der Ziffer 16 sowie
Stellen von drei Plenaranträgen zu den Ziffern 14, 15 und 16**
-

- 017 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: FinTech-Aktionsplan - Für einen wettbewerbs-fähigeren und innovativeren EU-Finanzsektor
Beschluss: Enthaltung zur Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung (= Kenntnisnahme)
**= Zustimmung zu Drs. 70/1/18 mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu den Ziffern 1 bis 7**
-
- 018 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Aktionsplan - Finanzierung nachhaltigen Wachstums
Beschluss: Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung ohne eine Ziffer
**= Zustimmung zu Drs. 67/1/18 mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu Ziffer 6**
-
- 019 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Europäische Crowdfunding-Dienstleister für Unternehmen
Beschluss: Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag
= Zustimmung zu Drs. 69/1/18
-
- 020 **a)** Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Vorschriften für die Unternehmensbesteuerung einer signifikanten digitalen Präsenz
b) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zum gemeinsamen System einer Digitalsteuer auf Erträge aus der Erbringung bestimmter digitaler Dienstleistungen
Beschluss: **Freie Hand zur Absetzung (Tendenz Zustimmung),
Freie Hand zu einem etwaigen Plenarantrag**
-
- 021 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über persistente organische Schadstoffe (Neufassung)
Beschluss: Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag
= Zustimmung zu Drs. 95/1/18
-

022 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Bestimmungen und Verfahren für die Konformität mit und die Durchsetzung von Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union für Produkte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 305/2011, (EU) Nr. 528/2012, (EU) 2016/424, 2016/425, (EU) 2016/426 und (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Richtlinien 2004/42/EG, 2009/48/EG, 2010/35/EU, 2013/29/EU, 2013/53/EU, 2014/28/EU, 2014/29/EU, 2014/30/EU, 2014/31/EU, 2014/32/EU, 2014/33/EU, 2014/34/EU, 2014/35/EU, 2014/53/EU, 2014/68/EU und 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates

Beschluss: Vorlagenbezogene Benennung (TR Tamara Janke/BW)
= Zustimmung zu Drs. 106/18

023 Verordnung über den Lärmschutz bei öffentlichen Fernsehdarbietungen im Freien über die Fußball-Weltmeisterschaft 2018

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung
= Zustimmung zu Drs. 55/18

024 Verordnung zur Änderung der Anlage 1 Anhang 2 des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (Fünfzehnte Verordnung zur Änderung des ATP-Übereinkommens)

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung
= Zustimmung zu Drs. 66/18

025 Verordnung zur Änderung der Verordnung über technische Kontrollen von Nutzfahrzeugen auf der Straße

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung und Fassen einer Entschließung
= Zustimmung zu Drs. 88/1/18

026 Dritte Verordnung zur Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe
= Zustimmung zu Drs. 90/1/18

027	Vierte Verordnung zur Änderung der Makler- und Bauträgerverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe = Zustimmung zu Drs. 93/1//18
028 a	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (Themenbezogene Benennung auf Kommissions- und Ratsebene für den Bereich Trinkwasser-Richtlinie)
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (Dr. Jan Henrik Schlattjan/HE) = Zustimmung zu Drs. 82/1/18
028 b	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für das Komitee zur Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung beruflicher Qualifikationen
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (RB'e Anna-Karoline Dahmen/NW) = Zustimmung zu Drs. 101/1/18
028 c	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Arbeitsgruppe „Internal Market Information System (IMI) im Bereich der Berufsanerkennungsrichtlinie“ (Richtlinie 2005/36/EG)
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (RB'e Anna-Karoline Dahmen/NW) = Zustimmung zu Drs. 102/1/18
029	Benennung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (StR Ekkehart Siering/HB als Mitglied und StR Ronny Meyer/HB als stellvertretendes Mitglied) = Zustimmung zu Drs. 104/18
030	Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
Beschluss:	Von Äußerung und Beitritt absehen = Zustimmung zu Drs. 92/18
031	Wahl des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (StMin Franz Josef Pschierer/BY) = Zustimmung zu Drs. 117/18

032	Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Verbraucherschutzes bei Telefonwerbung Baden-Württemberg (U), Hessen (U), Nordrhein-Westfalen (U), Rheinland-Pfalz (U)
Beschluss:	1. Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung 2. erneute Einbringung des Gesetzentwurfes und Bestellung eines/r Beauftragten = 1. Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung 2. Zustimmung zu Drs. 121/18
033	Entschließung des Bundesrates zur Schließung der Förderlücke für ausbildungs-/ studienwillige Personen mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung und Voraufenthaltszeiten von mehr als 15 Monaten Baden-Württemberg (U) <i>Drs. 123/18</i>
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
034	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 118/18
035	Benennung eines stellvertretenden Mitglieds des Kuratoriums der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (PSt Klaus Kaiser/NW als stellvertretendes Mitglied) = Zustimmung zu Drs. 126/18
Erwarteter Nachtrag (25.04.2018)	
0xx	Nationales Reformprogramm 2018 - EU -
Beschluss:	Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. xxx/18

2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass Herr Bürgermeister Dr. Sieling, Frau Bürgermeisterin Linnert und Frau Staatsrätin Hiller an der 967. Sitzung des Bundesrates teilnehmen werden.

- 3824.) Schule am Baumschulenweg
Sanierung eines Bestandgebäudes und Teilersatzneubau
Hier: Bau- und Kostenplanung auf Grundlage der Entwurfsvorlage-Bau (EW-Bau)
(Vorlage 2054/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt der weiteren Planung der Sanierung und des Teilersatzneubaus sowie der aufgezeigten Finanzierung des Projektes „Schule am Baumschulenweg“ zu.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, über die Senatorin für Finanzen zur haushaltsrechtlichen Absicherung der Maßnahme die Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung im PPL 97 in Höhe von 1,6935 Mio. € beim Haushalts- und Finanzausschuss zu beantragen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, den Mehrbedarf i.H.v. rd. 0,285 Mio. € im Rahmen ihrer Ressortdeckwerte im Haushaltsvorentwurf für das Jahr 2020 prioritär zu berücksichtigen.

- 3825.) Schule am Pastorenweg Aufwertung der Ganztagschule und des Außengeländes entsprechend dem Integrierten Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen Hier: Bau- und Kostenplanung sowie Förderung durch Mittel des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt
(Vorlage 2055/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt der Bau- und Kostenplanung, der aufgezeigten Finanzierung und der Ausführung der der Maßnahmen und der mit der Planung verbundenen Aufwertung des Areals und der Öffnung in den Stadtteil entsprechend dem Integriertem Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen zu.

2. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, den Mehrbedarf i.H.v. rd. 0,219 Mio. € für den Nutzeranteil SKB im Rahmen ihrer Ressortdeckwerte im Haushaltsvorentwurf für das Jahr 2021 prioritär zu berücksichtigen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung und den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4,53 Mio. € für den Nutzeranteil SKB sowie in Höhe von 0,940 Mio. € für die Programmmittel „Soziale Stadt“ (SUBV) über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

3826.) Haushaltssatzungen der Stadt Bremerhaven für die Haushaltsjahre 2018 und 2019
(Vorlage 2056/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt, die Überschreitung der Defizitobergrenze in Bremerhaven im Jahr 2018 (3,9 Mio. €) und im Jahr 2019 (9,6 Mio. €) sowie die Höhe der globalen Minderausgaben nicht als Verstoß gegen die innerbremischen Sanierungsaufgaben und als Grund für die Nichtweiterleitung der auf Bremerhaven entfallenden Anteile der Konsolidierungshilfen zu werten.
2. Der Senat genehmigt nach § 118 Abs. 4 Nr. 1 LHO die Haushaltssatzungen der Stadt Bremerhaven für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 hinsichtlich
 - der Gesamtbeträge der Verpflichtungsermächtigungen,
 - der Gesamtbeträge der Kredite,
 - der Höchstbeträge der Kassenverstärkungskredite sowie
 - der Höhe der Steuersätze (Hebesätze)und bittet die Senatorin für Finanzen dies der Stadt Bremerhaven mitzuteilen.

3. Der Senat fordert die Stadt Bremerhaven auf, darzustellen, mit welchen Maßnahmen die Eigenbeiträge der Stadt zur Einhaltung der Defizitobergrenze ab 2018 sichergestellt werden.
4. Der Senat bittet die Stadt Bremerhaven bis zur Jahresmitte des jeweiligen Haushaltsjahres darzustellen, wie die globalen Minderausgaben im Haushaltsvollzug aufgelöst werden sollen.
5. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
 - unter „B. Lösung“ der letzte Satz des ersten Absatzes folgende Fassung erhält:

„Eine rechnerische Einhaltung ist nur durch die Einstellung von globalen Minderausgaben und globalen Mehreinnahmen in beiden Haushaltsjahren erfolgt.“
 - unter „B. Lösung“ im zweiten Absatz der zweite Satz gestrichen wird.

3827.) "Sparsam, wirkungsarm, männerzentriert? Zur Bilanz der Wirtschaftsförderung nach dem Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) und seiner Arbeitsplatzeffekte 2007-2017"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 2057/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2057/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 6. März 2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 3828.) "Bremens Standortprobleme endlich anpacken – Image verbessern!"
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2058/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 17.4.2018 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 13.2.2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderung:

- In der Antwort auf Frage 2 wird der erste Satz wie folgt eingeleitet:

„Der Senat teilt die in der Frage getroffene Bewertung, dass der Saldo...“

- Der letzte Satz in dem Absatz unter der Abbildung 2 erhält die folgende Fassung:

„Ab dem Jahr 2017 sollen in der Stadt Bremen mindestens 2.100 Wohneinheiten pro Jahr bis 2020 geschaffen werden. Bereits im vergangenen Jahr 2017 konnte die Zahl der erteilten Baugenehmigungen auf den bisherigen Spitzenwert von 2.486 gesteigert werden.“

- 3829.) Interkommunale Projektentwicklung des Gewerbegebiets Achim-West
Rahmenbedingungen und Möglichkeiten einer gemeinsamen Entwicklung
der Gewerbegebiete entlang des Kraftbandes A1
(Vorlage 2060/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Ergebnisse der prognos Studie zu einer gemeinsamen Gewerbegebietsentwicklung der Gewerbebestandorte entlang der BAB 1 zwischen Bremen und Achim zur Kenntnis.

2. Der Senat bewertet die interkommunale Zusammenarbeit zwischen Achim und Bremen als Schlüsselprojekt für die Gesamtregion, sich wirtschaftlich konkurrenzfähig zu anderen Ballungsräumen aufzustellen und bestärkt seine grundsätzliche Unterstützung für das Projekt Achim-West.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die bestehende Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Senatskanzlei, der Senatorin für Finanzen und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr weiter zu führen, die Prüfung und Ausgestaltung der Beteiligung Bremens am Projekt Achim-West durchzuführen und ggf. die entsprechenden Verträge für ein Kooperationsmodell zu entwickeln. Dies soll in Abstimmung mit der Stadt Achim unter Berücksichtigung der vollständigen Entwicklung des Gewerbeparks Hansalinie Bremen sowie einer angemessenen Verzinsung der möglichen bremischen Beteiligung erfolgen. Auf dieser Grundlage legen die Ressorts dem Senat bis Herbst 2018 einen abschließenden Entscheidungsvorschlag vor.
4. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr sowie die Senatorin für Finanzen über den Zwischenstand des Projekts die Fachdeputationen und den Haushalts- und Finanzausschuss zu unterrichten.

3830.) Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen (Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 20.04.2018)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Darstellungen über die finanziellen Auswirkungen der Tarifeinigung für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen vom 20. April 2018 zur Kenntnis.

2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, spätestens zum Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar-September 2018 über die konkreten haushaltsmäßigen Auswirkungen und deren beabsichtigte Finanzierung zu berichten.